

Factsheet Türkei

Stand: Juni 2023



Base 802947AI (C00355) 4-06

Karte: CIA, 2006.

1 Facts & Figures

Bevölkerung. Gemäss [Statistikinstitut der Türkei](#) (2022) 85 Millionen. 93.4% der Bevölkerung lebt in Distrikt- und Provinzzentren, 6.6% in Städten und Dörfern («towns and villages»).

Ethnien. Türkisch 70% bis 75%, kurdisch 19%, andere Minderheiten 6% bis 11% ([Schätzung 2016](#)).

Religion. Islam [99.8%](#) (hauptsächlich sunnitisch, Anteil Aleviten geschätzt mit grosser Bandbreite von [6% bis 31%](#)), andere 0.2% (hauptsächlich Christen- und Judentum).

Politisches System. Präsidentialrepublik. Präsident: Recep Tayyip Erdoğan ([seit 2014](#)).

2 Risikoprofile

- Personen, die mutmassliche **Verbindungen zur Gülen-Bewegung** aufweisen und ihre Familienangehörigen

- Personen mit mutmasslichen **Verbindungen zur verbotenen Guerilla «Arbeiterpartei Kurdistans» PKK**, PKK-nahen Gruppierungen oder den PYD/YPG und ihre Familienangehörigen
- Kurdische Politiker*innen, insbesondere der Parteien **HDP und DBP**, Unterstützende und Mitglieder der HDP und DBP
- **Menschenrechts-**, Bürgerrechts- und politische **Aktivist*innen**, Umweltaktivist*innen, Personen, die Menschenrechtsverletzungen dokumentieren
- Kritische **Medienschaffende** und deren **Familien**
- Personen, die sich **öffentlich oder in sozialen Medien regierungskritisch** äussern
- **Anwält*innen** (werden aufgrund der rechtlichen Vertretung von Gülenist*innen oder PKK-Verdächtiger ebenfalls terroristischer Aktivitäten beschuldigt)
- **Gewerkschaftsangehörige**
- **Frauen und Kinder** (Gewalt im [Namen der Ehre](#), [Gewalt](#) gegen Frauen, [Kinderheirat](#)).
- **Exilpolitisch** regierungskritisch aktive Personen
- **LGBTIQ+** (Hassverbrechen)

3 Jüngste Entwicklungen

Schwere Erdbeben mit zehntausenden Toten. Im Februar 2023 erschütterten mehrere schwere Erdbeben den Südosten der Türkei. Die Beben forderten [über 50'000 Todesopfer](#), 100'000 Verletzte und drei Millionen Vertriebene. Polizeikräfte, die in die vom Erdbeben verwüstete Region geschickt wurden, haben Menschen, die sie des Diebstahls und der Plünderung verdächtigten, [geschlagen, gefoltert und anderweitig misshandelt](#).

Hohe Inflation und Lebenshaltungskosten. Die Türkei erlebte in den letzten eineinhalb Jahren eine Wirtschaftskrise. Die Lebensmittelpreise sind im April 2023 im Jahresvergleich um 54% gestiegen, und die Gesamtinflation betrug im [Oktober 2022 rekordhohe 85,5 %](#).

Präsident Erdoğan wiedergewählt. Im Mai 2023 wurde Erdoğan für die nächsten fünf Jahre als [Präsident wiedergewählt](#). Bei den Parlamentswahlen gewann die von der Regierungspartei [AKP angeführte Koalition](#) die Mehrheit der Parlamentssitze.

Strafverfahren gegen Kritiker*innen der Regierung. Nach wie vor geht der türkische Staat gegen Menschenrechtsverteidigende, Journalist*innen, Oppositionspolitiker*innen und weitere Kritiker*innen [strafrechtlich](#) vor. Im April 2022 wurde beispielsweise der bekannte Menschenrechtsaktivist [Osman Kavala](#) in einem kritisierten Verfahren zu lebenslanger Haft verurteilt. Der Fall zeigte das hohe Mass an [politischer Kontrolle über die Gerichte](#) in der Türkei.

«Fake News»-Gesetz. Im Oktober 2022 trat ein [neues Gesetz](#) in Kraft, dass die Verbreitung «falscher Informationen» unter [Strafe](#) stellt und die Kontrolle über Social-Media-Unternehmen und Online-Nachrichten-Websites verschärft.

Vorgehen gegen LGBTIQ+. [Hassreden](#) von [Politik](#) und Behörden gegen LGBTIQ+ nahmen im Jahr 2022 zu. Pride-Paraden wurden verboten und mit Gewalt aufgelöst. Im September 2022 unterstützte die staatliche Rundfunkaufsicht einen [Werbespot](#) in welchem LGBTIQ+ als «Virus» und Ursache für die «Zerrüttung von Familien» bezeichnet wurde.

Gesetzesänderungen zum Schutz von Frauen im Mai 2022, weiterhin hohe Zahl an Femiziden. Im Mai 2022 trat ein [Gesetz](#) in Kraft, dass anhaltendes Stalking gegen Frauen als gesonderte Straftat definiert und gewisse Strafen für Täter verschärft. Laut Kritiker*innen ist die Umsetzung der Gesetze aber weiterhin problematisch. Gemäss [NGO-Bericht](#) wurden im Jahr 2022 mindesten 334 Femizide gezählt. Das oberste Verwaltungsgericht der Türkei bestätigte im Juli 2022 den [Austritt aus der Istanbul-Konvention](#).

Straflose Folter. Vorwürfe von Folter und Misshandlungen in Polizeigewahrsam werden weiterhin ungenügend untersucht und Täter bleiben oft [straflos](#). Eine [UNO-Expertengruppe](#) kam im September 2022 nach einem Besuch vor Ort zum Schluss, dass die Türkei Folter wirksamer bekämpfen muss.

Verfahren gegen HDP und Militäroperation gegen PKK. Das Verfahren zum [Verbot der pro-kurdischen Partei HDP](#) ist noch nicht abgeschlossen. Die [türkischen Militäroperationen](#) gegen die PKK konzentrierten sich im Jahr 2022 mehrheitlich auf den Nordirak und den Nordosten Syriens.

4 Praxis Schweizer Behörden

Sehr hohe Schutzquote SEM. Zahlen des SEM für [2022](#): Anerkennungsquote 70.5%. Schutzquote (Positiv + VA): 76.3%.